

Branchenorganisation

Bergbahnen Graubünden
Postfach 17
CH-7083 Lantsch/Lenz

Tel. +41 (0)81 936 61 81
Fax +41 (0)81 936 61 82
info@bergbahnen-graubuenden.ch
www.bbgr.ch

Per E-Mail:

Erziehungs-, Kultur- und
Umweltschutzdepartement Graubünden
Herr Marco Wieland
Rechtsdienst EKUD
Quaderstrasse 17
7000 Chur

Lantsch/Lenz, 21. Dezember 2015

Anhörung zur Revision der Verordnungen über den Schutz der Biotope und Moorlandschaften von nationaler Bedeutung

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Jäger
Sehr geehrter Herr Wieland

Gestützt auf die Publikationen auf den Websites des Bundes (laufende Vernehmlassungen und Anhörungen) und des Amtes für Natur und Umwelt Graubünden **beantragt** die Branchenorganisation **Bergbahnen Graubünden** (BBGR) bezüglich der Revision der Verordnungen über den Schutz der Biotope und Moorlandschaften von nationaler Bedeutung das Folgende:

- A. Die Revision ist zurückzuweisen und grundlegend zu überdenken bzw. zu überarbeiten.**
- B. Bei der Überarbeitung sind zwingend die Vorgaben der gültigen kantonalen Raumkonzepte, kantonalen und regionalen Richtpläne sowie der kommunalen Nutzungsplanungen zu berücksichtigen.**
- C. In touristischen Intensiverholungsgebieten (gemäss kantonalem Richtplan) und in Wintersportzonen (gemäss kommunaler Nutzungsplanung) dürfen keine neuen Biotope von nationaler Bedeutung definiert werden.**
- D. Das von der BPUK im Rahmen von RPG II lancierte Projekt „Sicherung raumplanerischer Handlungsspielräume“ ist abzuschliessen und die Erkenntnisse sind bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.**

- E. Die von den Gemeinden und Bergbahnunternehmen Graubündens eingereichten Vernehmlassungen respektive Anhörungen sind in der Stellungnahme des Kantons Graubünden gegenüber dem Bund zu berücksichtigen.

Begründung:

- Für die Revision besteht **keine** zeitliche und inhaltliche **Dringlichkeit**.
- Entgegen den Ausführungen in den Anhörungsunterlagen handelt es sich bei der Revision **nicht** bloss um einen „**weitgehend technischen Vorgang**“. Die Revision hat **enorme Auswirkungen** auf die Interessenabwägung bei Bauprojekten der Bergbahnunternehmen. Sie verlangt deshalb nach einer entsprechenden Behandlung und **politischen Diskussion** auf kantonaler und kommunaler, eventuell sogar nationalen Ebene.
- Die Bergbahnunternehmen erstellen ihre Infrastrukturen (Bahnanlagen, Beschneigung, Pisten, Gastronomiebetriebe etc.) gegebenermassen zu mehr als 90 Prozent ausserhalb der Bauzone (BaB). Die Unternehmen sind deshalb ständig mit **Interessenabwägungen** konfrontiert, die durch das Amt für Raumentwicklung (ARE) oder das Bundesamt für Verkehr (BAV) als Leitbehörde koordiniert werden. Während bei Biotopen von regionaler Bedeutung eine Interessenabwägung möglich ist, ist diese bei Biotopen von **nationaler Bedeutung ausgeschlossen**, da Eingriffe in nationale Biotope nur aufgrund von nationalen Interessen möglich sind. **Bergbahninfrastrukturen** sind aufgrund unserer Erfahrungen **kaum von nationalem Interesse**. Die Revision **gewährt** den Unternehmen somit zwar den **Besitzstand**, **entzieht** ihnen aber jegliche **Entwicklungs- und Erweiterungsmöglichkeiten** in den Gebieten, die neu als nationale Biotope klassifiziert werden. Dies völlig unabhängig davon, ob diese Gebiete in den Richtplänen als touristische Intensiverholungsgebiete deklariert oder in den kommunalen Nutzungsplänen mit einer Wintersportzone belegt sind. Dieser Konflikt ist aus Sicht von BBGR zwingend zu bereinigen. In diesem Zusammenhang sei auch die Frage erlaubt, weshalb teure Plangrundlagen geschaffen werden, wenn sie anschliessend nicht beachtet werden oder keine Wirkung entfalten.
- Bei der Revision der Inventare sind nebst den Schutzinteressen auch die **Entwicklungsperspektiven** bzw. deren Einschränkungen zu **berücksichtigen**. Es darf nicht einseitig auf die Schutzinteressen abgestellt werden. Es ist stets auch zu fragen, was wir uns durch den Schutz vergeben.
- Die Revisionsvorlage erweckt den Anschein, dass **Zonen auf Vorrat geschaffen** werden, um Erweiterungen und Modernisierungen von Bergbahninfrastrukturen zu verhindern bzw. einzuschränken. Gemäss Anhörungsunterlagen nimmt die Gesamtfläche der Biotope von nationaler Bedeutung in der Schweiz um 22'466 ha zu. Hiervon befinden sich rund 6'100 ha in Graubünden (27%) und davon 550 ha (9%) in touristischen Intensiverholungsgebieten (gemäss Richtplan) oder in kommunalen Wintersportzonen.

- Die Revision ist geeignet das von der BPUK im Rahmen von RPG II angestossene **Projekt „Sicherung raumplanerischer Handlungsspielräume“** zu **präjudizieren** und damit zu behindern.
- Das **Gleichgewicht** zwischen den Möglichkeiten zur **Wertschöpfung** aus naturgegebenen Potenzialen des Alpenraums, in unserem Falle des Tourismus, und deren Einschränkung durch nationale Bestimmungen wird durch die Vorlage ein weiteres Mal in Richtung **Schutzinteressen verschoben**. Dies widerspricht der „räumlichen Strategie für die alpin geprägten Räume in der Schweiz“, die von der Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) verabschiedet wurde. Für das Abwägen bzw. Berücksichtigen von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Bedürfnissen sind für den Alpenraum und das Mittelland zwingend dieselben Massstäbe anzuwenden – Politik der gleich langen Spiesse bzw. **Rechtsgleichheit!**
- Für die **Ausscheidung** von neuen Inventarflächen oder die Ausdehnung bestehender inventarisierter Objekte muss eine effektive **Bedrohung** von Arten **nachgewiesen werden**. Bestehende versiegelte oder intensiv genutzte Flächen wie Skipisten (Beschneigung, Präparation etc.), Seilbahnanlagen, Wander- und Bikewege etc. dürfen nicht ohne kritisches Hinterfragen in einen Schutzperimeter aufgenommen werden. Eine sinnvolle und nachvollziehbare Abgrenzung kann somit nur erfolgen, wenn die lokalen Gegebenheiten und die vorherrschenden bzw. künftig **geplanten Bodennutzungen umfassend berücksichtigt** werden.

Detailbemerkungen:

- Das Ausscheiden von **Pufferzonen** wird in **gewissen Situationen** (touristischen Intensiverholungsgebieten, Wintersportzonen, Bauzonen etc.) **in Frage gestellt**, weil damit voraussehbar ist, dass sich die Inventare bei der nächsten Überprüfung (Anhörungsunterlagen Seite 2, alle zwei bis fünf Jahre) vergrössert haben werden. Sollen sich die Inventare in allen Gebieten ausdehnen? Wessen Ziel ist dies und wo ist dieses rechtlich verankert?
- Die **Anhörungsunterlagen** sind **nicht vollständig**. Auf Seite 9, 7.1, erster Aufzählungspunkt, ist zum Beispiel festgehalten, dass die Flächenzunahme bei Flachmooren und Hochmooren kaum ins Gewicht fällt. Verschwiegen wird aber vollständig, dass Flachmoore von regionaler Bedeutung in Abständen von kleiner als 100 Metern zu einem Objekt von nationaler Bedeutung automatisch auf nationale Bedeutung heraufgestuft werden. Diese Tatsache war nur an den Informationsveranstaltungen des Kantons zu erfahren, hat aber enorme Auswirkungen.
- Der gesamte **Anhörungsprozess** (Terminierung, Fristen, Verlässlichkeit der Daten, Publikation) sowie die **Einbindung** und **Information der Betroffenen** (Grundeigentümer, Bewirtschafter, Tourismusbetriebe etc.) **wirft Fragen auf**. Eine transparente und offene Informationspolitik zu einem Sachgeschäft, das letztlich einem Minderwert von Grund und Boden gleichkommt sieht anders aus!

- Die Anhörung zur Revision (inkl. Informationsveranstaltungen in den Regionen) wurde von Seiten des Kantons (EKUD, ANU) nicht im offiziellen Publikationsorgan, dem Kantonsamtsblatt, publiziert. BBGR fragt: weshalb nicht?

Wir ersuchen Sie unsere Anträge, Begründungen und Anmerkungen bei der Stellungnahme des Kantons Graubünden gegenüber dem Bund zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Bergbahnen Graubünden



Silvio Schmid
Präsident



Marcus Gschwend
Geschäftsführer